

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2012

19. Jahrgang

48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. November 2012

Rathauskooperation mit scheinheiligem Antrag

## Staudenhof zum Abriss freigegeben



Gerade hat die Landeshauptstadt wieder bestätigt bekommen, dass sie die kinderfreundlichste Stadt in der Bundesrepublik ist – allerdings mit der Relativierung, dass Potsdam zwar für die Kinderbetreuung Sorge, aber ein Wohnungsproblem habe. Und da setzt die Rathauskooperation ein merkwürdiges Zeichen: Die 182 Wohnungen am Staudenhof sollen abgerissen werden.

Auf Antrag der LINKEN hatte die Stadt eine Machbarkeitsstudie erarbeiten lassen, ob der Wohnblock Am Alten Markt 10 mit seinen 182 Wohnungen in das Planungsziel der Wiedergewinnung der historischen Mitte einzuordnen wäre. Und es wäre möglich, sagt die Studie, man müsse dann aber auf das barocke Quartier nördlich der Nikolaikirche verzichten – eines von fünf Grundelementen des Leitbautenkonzeptes für die historische Mitte. Sogar der Baubeigeordnete Matthias Klipp, als vehementer Verfechter dieses Konzeptes bekannt, will den Wohnblock erhalten. Ein Abriss sei die teuerste Variante für die Pro Potsdam. Mit dem Antrag, den Wohnblock nach der kalkulierten Restnutzungsdauer von zehn Jahren

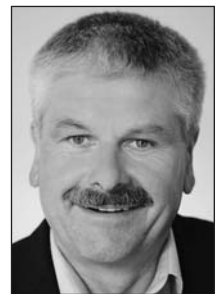
abzureißen und im Rahmen des Leitbautenkonzeptes preisgünstigen Wohnraum in gleicher Größenordnung im Zentrum zu schaffen, erwecke die Kooperation den Eindruck, dass preiswerte Wohnungen in der Stadtmitte gebaut werden könnten.

Hans-Jürgen Scharfenberg warf der Kooperation „Heuchelei“ vor, hatte sie doch ihren Antrag überschrieben mit „Preiswertes Wohnen in der Potsdamer Mitte sichern“. Allen sei bekannt, dass wir ein Wohnungsproblem haben – und dann entscheiden wir, 182 Wohnungen abzureißen – genau die, die gebraucht werden. „Ersatz zu schaffen, ist unrealistisch.“ Es sei auch kaum vorstellbar, dass dringend benötigte Fördermittel vom Land unter diesen Umständen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. DIE LINKE beantragte namentliche Abstimmung, um noch einmal jedem Stadtverordneten seine persönliche Verantwortung für diesen Beschluss zu verdeutlichen. 26 Stadtverordnete stimmten für den Kooperationsantrag, 20 (vor allem DIE LINKE und Die Andere) dagegen, unter ihnen auch Oberbürgermeister Jann Jakobs.

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

wieder einmal hat die Rathauskooperation eine wichtige Entscheidung über die Köpfe der Bürger hinweg und an ihren Interessen vorbei getroffen. Einerseits können wir anhand des Wohnungsmarktberichtes für



2011 sehen, dass es zu wenig preiswerte Wohnungen in unserer Stadt gibt und dass insbesondere ein großer Bedarf an Ein- und Zweiraumwohnungen vorhanden ist.

Andererseits entschieden SPD, CDU und Grüne, dass das große Wohnhaus am Staudenhof spätestens in zehn Jahren abgerissen werden soll. Noch vor einem Jahr war die SPD dem Antrag der LINKEN gefolgt, den Wohnblock zu erhalten und in einer Machbarkeitsstudie die Möglichkeit der Einordnung in die weitere Gestaltung der historischen Mitte zu prüfen. Vor kurzem wurde diese Studie im Bauausschuss vorgestellt und der Nachweis geführt, dass sich das Haus mit seinen über 180 Einraumwohnungen in die künftige Blockstruktur einfügen lässt. Es ist ein Hohn und wirtschaftlich wie sozial unvernünftig, wenn die SPD unter diesen Voraussetzungen genau das Gegenteil von dem tut, was sie vor einem Jahr zugesagt hat. Wir wollen keine Traumtänzerie, sondern den Erhalt von preiswerten Wohnungen in der Potsdamer Mitte, damit künftig nicht nur Gutbetuchte, sondern auch Geringverdiener in den Häusern im historischen Stadtzentrum leben können. Das darf nicht das letzte Wort gewesen sein. Dafür setzen wir uns ein.

Ihr  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Demokratie bedeutet Diskussion

Der tschechische Philosoph und Politiker Tomáš Masaryk drückt mit diesen Worten aus, was sich in der Kommunalverfassung unseres Bundeslandes so liest:



„Jeder Gemeindevertreter hat das Recht, in der Gemeindevertretung sowie in den Ausschüssen, in denen er Mitglied ist, das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und sie zu begründen.“

Bisher konnte in Potsdam jeder Stadtverordnete zu jedem Antrag zweimal das Wort ergreifen, jeweils fünf Minuten.

Das soll nun, geht es nach dem Willen der Rathauskooperation, künftig anders sein; sie wird voraussichtlich mit ihrer Stimmenmehrheit genau dieses Rederecht einschränken.

Ich bin seit 22 Jahren Mitglied der Stadtverordnetenversammlung; ich kann mich nicht erinnern, dass alle Stadtverordneten zu einem Tagesordnungspunkt gesprochen haben; schon gar nicht alle Mitglieder der größeren Fraktionen.

Nun wird in einer eigens dafür einberufenen Arbeitsgruppe Geschäftsordnung unter anderem vorgeschlagen, dass zu einem Antrag, der in der Stadtverordnetenversammlung behandelt wird, jede Fraktion fünf Minuten Redezeit haben wird; die Antrag stellende Fraktion bekommt zwei Minuten hinzu. Ein sehr fragwürdiger Umgang mit dem Recht des einzelnen Stadtverordneten und ein sehr durchsichtiges Ziel: Unter dem Vorwand der Straffung der Sitzungen soll vor allem DIE LINKE „diszipliniert“ werden. Ich habe dieser Änderung im Auftrag meiner Fraktion in der Arbeitsgruppe nicht zugestimmt.

Ihre Birgit Müller

### Stromtrasse Marquardt

In einem Dringlichkeitsantrag, der mehrheitlich angenommen worden ist, hat DIE LINKE vorgeschlagen, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, mit E.ON edis Gespräche zur Trassenführung der 110 kV-Leitung in Marquardt zu führen, damit die Forderungen der Einwohner des Ortsteiles berücksichtigt werden. Es gebe eine gute Grundlage für erfolgreiche Gespräche, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg, denn E.ON edis sei schließlich Mitgesellschafter der Stadtwerke Potsdam.

### Regionale Schulessenversorgung

Beschlossen wurde ein Antrag der LINKEN, Möglichkeiten zur Erhöhung der Qualität des Schulessens durch regionale Versorgung und dezentrale Angebote, wie zurzeit u.a. in der Coubertin-Oberschule praktiziert, zu prüfen. Die negativen Folgen der Konzentration auf Großanbieter unter dem Kostenaspekt seien gerade deutlich geworden, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Potsdam habe mit dem ländlichen Raum die besten Bedingungen dafür, die Potenziale unmittelbar zu nutzen. Der Antrag wurde mit einer Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen, in dem vorgeschlagen wird, sich an den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu orientieren, den Bio-Anteil sukzessive zu erhöhen, die Kinder bei der Zubereitung und Essenausgabe zu beteiligen und mit einer entsprechenden Gestaltung der Räume die Esskultur zu erhöhen.

### Wohnheimplätze Luftschiffhafen

Konkretisiert wurde ein Antrag der LINKEN durch den Finanzausschuss, der die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für Sportschüler ab 2013 sichern soll. Demnach wird der Oberbürgermeister aufgefordert, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass die ausgefallenen EFRE-Mittel zur Errichtung eines Wohnheimneubaus der Sportschule

am Luftschiffhafen durch andere Fördermittel kompensiert werden.

### Brücke über Nutheschnellstraße

Relativiert wurde vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ein Antrag der LINKEN, die Brücke vom Zentrum Ost über die Nutheschnellstraße erst zum Ende der Bauarbeiten an der Humboldtbrücke abzureißen. Im beschlossenen Antrag heißt es nun, dass der Abriss erst erfolgt, „wenn es der Bauablauf zwingend erfordert“.

### Herzzentrum in Potsdam

Mit einem Beschluss, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, sollen Bemühungen des Klinikums Ernst von Bergmann unterstützt werden, ein Herzzentrum einzurichten. Das Klinikum habe sich als kommunales Krankenhaus erfolgreich entwickelt, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Ein Herzzentrum in Potsdam habe den großen Vorteil, in eine Komplettversorgung integriert zu sein, was gegenwärtig nirgendwo so gegeben ist. Der Beschluss beauftragt den Oberbürgermeister, diese Absicht gegenüber der Landesregierung bei der Krankenhausplanung auf Landesebene zu vertreten.

### Straßenbau Golm

Mit einem Änderungsantrag der LINKEN hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Änderung der Durchfahrts Höhe der Eisenbahnüberführung auf 4,50 m beim Straßenbau in der Reiherbergstraße in Golm nicht über Anliegerbeiträge bezahlt werden muss. Die bisher unterlassene Anhörung der Anlieger vor Baubeginn ist unverzüglich nachzuholen.

### Radweg Friedrich-Engels-Straße

Beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, den kürzlich entfernten Radweg neben der Friedrich-Engels-Straße baldmöglichst wieder herzustellen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2013 zu informieren.

## Abgelehnt

### Dringlichkeitsantrag zum Wettbewerbsverfahren Brauhausberg

Mit einem Dringlichkeitsantrag wollte DIE LINKE die Wettbewerbsbekanntmachung „Städtebauliche Entwicklung ‚Brauhausberg‘“ korrigieren. Die Veröffentlichung vom 23.10.2012 entspreche nicht den Grundzügen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Die Bekanntmachung erwecke den Anschein, dass es vor allem um Wohnungsbau gehe, sie sei daher inhaltlich zu öffnen. Desweiteren werde der Beschluss der SVV, das Restaurant „Minsk“ und die alte Schwimmhalle mit einzubeziehen, nicht hinreichend deutlich, begründete Ralf Jäkel. Matthias Klipp stellte

klar, dass es sich um Missverständnisse des Bekanntmachungstextes handelt. Dies sei nicht die Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs. Dort würden auf 50 bis 100 Seiten die Kriterien konkret formuliert. Minsk und Schwimmhalle seien aber auch in der Bekanntmachung schon enthalten. Der Antrag wurde abgelehnt.

### Aufsichtsrat Stadtwerke

Abgelehnt wurde der Antrag der LINKEN, bei der Änderung des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Potsdam die Zahl der Stadtverordneten im Aufsichtsrat auf neun zu erhöhen, um auch den kleinen Fraktionen die Mitwirkung zu ermöglichen.

## Nachgerückt in die Fraktion der LINKEN: Ingrid Püschel

Ingrid Püschel hat in der November-Stadtverordnetenversammlung den Platz von Olga Schummel eingenommen, die inzwischen aus Potsdam weggezogen ist. Ingrid Püschel ist als engagierte Potsdamerin (Babelsbergerin) bekannt. Sie hat als Lehrerin und zuletzt als Sachgebietsleiterin für Altenhilfe im Sozialamt der Landeshauptstadt gearbeitet. Auf diesem Gebiet arbeitet sie heute noch ehrenamtlich – sie ist Geschäftsführende Vorsitzende der Alfred und Toni Dahlweid Stiftung, die auch Träger einer Seniorenfreizeitstätte im Zentrum Ost ist.



Bei ihrer Vorstellung berichtete sie auch über ihre Hobbys, das Wandern, Verreisen und Filmen, aber auch das Laufen. Sie hat offensichtlich Ausdauer, hat Rennsteigläufe und als erste Frau in Brandenburg einen 24-Stunden-Lauf absolviert, was ihr die Bewunderung der Stadtverordneten einbrachte.

Sie werde sich als Abgeordnete der LINKEN noch intensiver in das Leben ihrer Heimatstadt einbringen, versprach sie bei ihrer Antrittsrede. Ingrid Püschel wird als Mitglied im Ausschuss für Bildung und Sport arbeiten.

## In Ausschüsse überwiesen

### Sozialtarif Energieversorgung

Im Hauptausschuss wird ein Antrag der LINKEN diskutiert, gemeinsam mit der Geschäftsführung der EWP Vorschläge zu entwickeln, wie die Erhöhung der Energiepreise durch Formen eines Sozialtarifs für sozial bedürftige Haushalte abgedeckt werden kann. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete, dass die Erhöhung 2013 zwar nicht von der EWP zu beeinflussen sei, aber zum Beispiel durch wirksame Energieberatung, Unterstützung bei der Anschaffung energieeffizienter Haushaltstechnik für weniger Verdienende erträglicher gestaltet werden kann. Ein Ergänzungsantrag der B90/Grünen, einen bezahlbaren Grundpreis plus verbrauchsabhängigen Teil einzuführen, soll ebenfalls diskutiert werden.

### Potsdamer Tafel

Unverzüglich (zum 1.1.2013) soll eine vertragliche Regelung mit der Potsdamer Tafel zur Nutzung der von der Stadt angebotenen Räume in der DREWITZER Straße für Lager und Ausgabestelle geschaffen werden. Der Antrag ist in den Hauptausschuss überwiesen worden.

### Nicht verbrauchte Mittel

In den Ausschüssen Gesundheit und Soziales sowie Finanzen wird ein Antrag der LINKEN behandelt, in diesem Jahr nicht verausgabte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in das Haushaltsjahr 2013 zu übertragen und zweckgebunden für Maßnahmen aus dem SGB VIII zu verwenden.

### Uferweg Speicherstadt

Da die Finanzierung des Uferweges in der Speicherstadt absehbar über Fördermittel nicht mehr möglich ist, sollte die Realisierung mit städtischen Mitteln 2013/14 erfolgen. Diesen Antrag der LINKEN wird der Finanzausschuss behandeln. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete, dass die ursprünglichen Fördermittel (von 600.000 Euro) für andere Vorhaben verwendet wurden und demzufolge in den Folgejahren den Haushalt entlasten.

### Büroraum für Bürgervertretung

Der Finanzausschuss prüft einen Antrag der LINKEN, für die gewählte Bürgervertretung in DREWITZ Büroräumlichkeiten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung zu stellen.

## Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

### Pflege des Denkmals für die Opfer des Faschismus

Beim diesjährigen Gedenken an die Opfer des Faschismus war Anita Tack aufgefallen, dass das Denkmal auf dem Platz der Einheit nicht angemessen gepflegt war. Wie dies künftig gesichert wird, wollte sie wissen. Matthias Klipp zählte acht „Pflegegänge“ im Laufe des Jahres auf. Wenn dies nicht ausreicht, soll in Zukunft unmittelbar vor Gedenktagen Ordnung geschaffen werden.

### Neue Werbesatzung lässt auf sich warten

Schon vor 15 Monaten hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Werbesatzung so zu ändern, dass das Aufstellen bestimmter Werbeanlagen erlaubnisfrei möglich wird. Die IHK habe am 20.09. dieses Jahres informiert, dass dies noch nicht möglich ist. Wann wird der Beschluss umgesetzt, fragte Dr. Sigrid Müller. Die Überarbeitung sei eingeleitet, antwortete Matthias Klipp, nun folge die Öffentlichkeitsbeteiligung, im März 2013 sei mit dem Satzungsbeschluss zu rechnen, der dann mit der Veröffentlichung gültig wäre. Zu den jüngst ausgesprochenen Bußgeldern sagte Klipp, dass diese gehandeten Verstöße auch

nach der geänderten Satzung nicht erlaubnisfrei gewesen seien.

### Standort Theaterschiff

Der Kulturausschuss hat der Verwaltung empfohlen, den Standort des Theaterschiffes in der Alten Fahrt zu belassen, respektive um einige Meter zu verschieben. Welche Position hat die Verwaltung zu dieser Empfehlung, fragte Dr. Karin Schröter. Iris Jana Magdowski teilte mit, dass diese Empfehlung auch die Sympathie der Verwaltung finde. Sie stellte eine Entscheidung des Oberbürgermeisters in vier Wochen in Aussicht.

### Ehrung erfolgreicher Sportler

Stefan Wollenberg wollte Konkretes wissen zu den Vorstellungen der Verwaltung, auf welche Weise Potsdamer Sportler geehrt werden sollen. Im Rahmen der 60-Jahr-Feier der Sportschule hatte der Oberbürgermeister eine Ehrung zugesagt.

Iris Jana Magdowski bestätigte, dass ihr die Ehrung hervorragender Potsdamer Sportler ein wichtiges Anliegen sei. Aber sie favorisiere eine Form, „die nicht alle anderen machen“. Ihr schwebte als Ort die neue MBS-Arena im Luftschiffhafen vor. Hier könnte ein Projekt nach einem Wettbewerb von Künstlern entstehen.

„Schließlich haben wir viel vorzuweisen aus der über

60-jährigen Geschichte der Sportschule.“ Stefan Wollenberg gab zu bedenken, dass der Luftschiffhafen vor allem den Sportlern vorbehalten sei. Er bevorzuge eine Platzierung in der Innenstadt.

### Sicherheit für „Tausendfüßler“

Nach dem Bürgerhaushalts-Vorschlag Nr. 132 für das Jahr 2012 sollte der Zebrastreifen vor der Kita „Tausendfüßler“ beleuchtet werden und mit einem zusätzlichen Banner auf die Kita aufmerksam gemacht werden. Bis wann werde dies geschehen, fragte Jana Schulze.

Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass die Beleuchtung bereits installiert sei, ein Banner über die Straße aber nicht genehmigungsfähig sei. Der Ausschuss sei darüber bereits informiert worden.

### Einführung E-Postbrief

Ob die Verwaltung sich bereits mit dem E-Postbrief für die kommunale Aufgabenerledigung beschäftigt habe, wollte Jana Schulze wissen. Burkhard Exner versicherte, die Verwaltung beobachte die Entwicklung aufmerksam, auf diesem Markt sei aber sehr viel Bewegung, und das „Elektronische Signaturgesetz“ als Voraussetzung stecke noch im Bundesrat. Aber: „wir haben alle Dinge auf dem Schirm“.



**Sitzungen der  
Fraktion DIE LINKE in der  
Stadtverordnetenversammlung  
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn  
jeweils 18 Uhr  
19. und 26. November 2012;  
03. und 10. Dezember 2012

**49. Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung  
mit Einwohnerfragestunde**

Stadthaus, Plenarsaal  
5. Dezember 2012, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen  
„Rathausreport live“**

Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, Waldstadt II  
09. Dezember 2012, Beginn 10  
Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“  
Nummer 9/2012**

Stadthaus, Raum 3.107  
14. bis 19. Dezember 2012 (außer  
Sa. und So.)  
Sie haben auch die Möglichkeit,  
den Rathausreport an den Info-  
Ständen der Fraktion DIE LINKE  
in den Stadtteilen zu bekommen.

**Bürgersprechstunde  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
(MdL) und Fraktionsvorsitzen-  
der**

am 21. November 2012, 16:30 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39  
(Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vorankmeldungen sind möglich  
unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail:  
wkbscharfenberg@aol.com

## Oberbürgermeister soll mit E.ON edis zur Stromtrasse durch Marquardt verhandeln



Hans-Jürgen Scharfenberg konnte punkten beim Hauptthema des „Rathausreport Live“ in der Marquardter Kulturscheune. Dass die LINKE gerade einen Antrag durchgebracht hatte, der den Oberbürgermeister beauftragt, mit E.ON edis persönlich über eine Trassenführung der rekonstruierten 110 kV-Leitung durch Marquardt zu verhandeln, wurde wohlwollend registriert. Doch den schon seit gut zwei Jahren um eine Verlegung der Freileitung aus dem Dorf kämpfenden Marquardtern reicht das nicht aus: Josef Grütter und Peter Roggenbuck von der Bürgerinitiative „Freileitung raus“ erzählten, was sie schon alles versucht hatten und dass das Landesbergamt als Genehmigungsbehörde offensichtlich nicht nach Gesetzeslage, sondern nach den Interessen des Netzbetreibers urteile. Diesen Eindruck haben sie jedenfalls nach der Anhörung im Planfeststellungsverfahren. Man habe ihnen mit einer minimalen Verschwenkung der Trasse ein unzureichendes Angebot gemacht, das ihre Forderungen nach Umgehung der Ortslage und auch die gesetzlichen Vorgaben nicht erfülle.

Das Problem, so Hans-Jürgen Scharfenberg, sei, dass der Vorhabensträger von einer Instandhaltungsmaßnahme spreche, demgegenüber müsste für einen Neubau ein völlig neues Verfahren eröffnet werden, das auch den Anforderungen der Landesplanung (Trassenbündelung, Ortsumgehung) nachkommen

müsste. Und das wolle E.ON edis offensichtlich nicht riskieren. So sei man auf gutwillige Gespräche angewiesen, wozu die Stadtverordneten gerade den Oberbürgermeister beauftragt haben. Nur diesem könne die SVV den Auftrag geben, nicht dem Landesamt. Auch die Erwartung, Scharfenberg solle mit Wirtschaftsminister Christoffers reden, lehnte dieser ab. Er gehe davon aus, dass der Minister aus der eigenen Partei seine Pflicht tun werde. Er sehe jedenfalls Chancen, mit dem Mitgesellschafter an den Potsdamer Stadtwerken, E.ON edis, ins Gespräch kommen zu können. Manfred Kleinert schlug eine weitere Variante vor: Man müsse einfach mal mit der Deutschen Bahn über eine gemeinsame Nutzung ihrer vorhandenen Trasse reden. Das sei die einfachste Variante. „Dafür braucht man drei Leute, die das wollen“, erklärte Kleinert, der bekannt dafür ist, mitunter auf direktem Weg bürokratische Hürden einfach liegen zu lassen.

Interessant für die LINKE Fraktion auch, dass die in Diskussion stehende Tourismusabgabe, die vor allem zur Vermeidung eines Eintrittsgeldes für Potsdamer Einwohner für den Park Sanssouci eingeführt werden soll, bei den Marquardtern nicht unumstritten ist. Die Abgabe sei durch absehbare Preiserhöhungen in der Gastronomie letztlich trotzdem von den Potsdamern zu zahlen, was man gerade vermeiden wollte.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469  
Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam